

# EUROPA NACH DEN EUROPAWAHLEN

Rede von EU-Botschafter Michael Matthiessen,  
Leiter der Delegation der Europäischen Union  
für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein,  
anlässlich der 107. Mitgliederversammlung  
der Handelskammer Deutschland-Schweiz,  
5. Juni 2019 in Zürich



Botschafter Michael Matthiessen, Leiter der Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Sehr geehrter Herr Läderach  
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich möchte mich zuerst bei der Handelskammer Deutschland-Schweiz herzlich bedanken für diese Gelegenheit, mit Ihnen über Europa zu sprechen.

Ja, ich sage bewusst Europa und nicht die Beziehungen EU-Schweiz oder Deutschland-Schweiz. Denn es geht mir zuerst um das grössere Ganze – um die Perspektiven und Chancen unseres Kontinents.

Vor zehn Tagen hat die Europäische Union gewählt. Über 400 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger waren dazu aufgerufen, das erste und einzige transnationale

Parlament der Welt zu wählen. Über die Hälfte davon haben an der Wahl teilgenommen. So viele wie seit 20 Jahren nicht mehr!

Es stimmt, EU-kritische Parteien haben in einigen EU-Ländern zugelegt. Es haben aber auch dezidiert pro-europäische Kräfte stark zugelegt! Insgesamt gibt es im neuen Europäischen Parlament eine klare Mehrheit derjenigen politischen Parteien, die konstruktiv an der Zukunft Europas arbeiten wollen.

Die pro-europäischen Kräfte haben die Europawahl gewonnen!

Dies bestätigen übrigens auch jüngere Umfragen. Die Popularität der EU hat seit 2016 wieder stark zugenommen.

Gemäss dem letzten Eurobarometer von diesem Frühjahr halten 68% der Bürgerinnen und Bürger die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für insgesamt vorteilhaft. In Deutschland sind es sogar 76%. Das sind die höchsten Zustimmungswerte seit 35 Jahren! Nicht zuletzt der Brexit hat offenbar in den übrigen 27 Mitgliedstaaten die Vorteile der europäischen Integration wieder ins Bewusstsein gebracht.

Als Däne kann ich das für mein Heimatland bestätigen: Selbst meine eher euroskeptischen Landsleute sehen die EU in einem viel positiveren Licht als noch vor einigen Jahren.

Es stimmt jedoch, dass das pro-europäische Lager nach den Wahlen von letzter Woche vielfältiger und bunter geworden ist. Die Europäische Volkspartei und die Sozialdemokraten, die lange die Linie des Europäischen Parlamentes bestimmten, haben bei der Europawahl ihre Mehrheit verloren. Sie werden stärker mit anderen Parteien zusammenarbeiten müssen.

Aber dadurch spiegelt das neue Parlament die politischen Strömungen in Europa wider. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden besser repräsentiert sein.

Durch diese grössere Vielfalt wird mehr gestritten und gerungen werden über den zukünftigen Kurs der Union. Das hat man schon im Wahlkampf gesehen, der einer der aufregendsten seit langem war. Zum ersten Mal überhaupt gab es so etwas wie eine gesamteuropäische Öffentlichkeit. Das hat man auch in den Schweizer Medien wahrgenommen, die in den letzten Wochen und Monaten viel über die Europawahl berichtet haben.

Das ist gut so! All das sind Zeichen einer lebendigen europäischen Demokratie. Diese müssen wir verteidigen und weiter ausbauen!

## Meine Damen und Herren

Europäische Werte und das europäische Lebensmodell stehen international unter Druck. Die globalen Machtverhältnisse haben sich verschoben. Einerseits treten Russland und China offensiver auf. Andererseits scheinen die USA sich von ihrer bisherigen Rolle als Garant des Freihandels und einer regelbasierten Weltordnung abzuwenden. Nationale Interessen stehen wieder stärker im Zentrum. Die Welt ist multipolarer, protektionistischer und instabiler geworden.

In diesem neuen internationalen Umfeld ist die Europäische Union zu einem der wichtigsten Verfechter liberaler Werte und eines kooperativen Multilateralismus geworden. In der UNO und anderen internationalen Foren ist die EU Vorreiterin bei der Verteidigung des freien Handels und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen: der Bekämpfung von Armut, der Kontrolle des Klimawandels, der Befreiung der Ozeane von Plastik, oder dem Entwickeln sauberer Autos.

Wenn wir unsere europäische Lebensweise und den Einfluss Europas in der Welt erhalten wollen, brauchen wir mehr denn je eine starke und geeinte Europäische Union.

Und wir brauchen die enge Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Staaten wie der Schweiz, mit denen wir diese Werte und Ziele teilen.

## Meine Damen und Herren

Das gilt auch in wirtschaftlicher Hinsicht!

Über die wirtschaftlichen Herausforderungen der EU brauche ich Ihnen bei der Handelskammer Deutschland-Schweiz nicht viel zu sagen. Sie wissen, wie schwer die Folgen der Finanz- und darauf folgenden Staatsschuldenkrise für einige europäische Länder waren.

Die Realität von 2019 ist aber eine andere als noch vor einigen Jahren. Auch hier gilt: «Europe is back» – Europa ist zurück!

Erlauben sie mir, dies anhand einiger Zahlen zu belegen:

- Die Wirtschaftsleistung in den Mitgliedstaaten der EU ist in den letzten Jahren im Schnitt um 2% jährlich gewachsen. Der Wachstumspfad dauert jetzt schon 24 Quartale. Diese eindrucksvolle Zahl verbirgt natürlich erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Aber wir setzen alles daran, den Mitgliedstaaten zu helfen, die die Krise besonders hart getroffen hat. Die Erfolge Portugals und Irlands sind in dieser Hinsicht besonders eindrucksvoll.
- Seit dem Tiefpunkt Anfang 2013 sind in der EU 15,8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Arbeitslosenrate lag im März dieses Jahres mit 6,4% niedriger als jemals seit Beginn des Jahrhunderts. In einigen Mitgliedstaaten ist die Arbeitslosenrate immer noch

zu hoch, gerade die Jugendarbeitslosigkeit. Aber in anderen Mitgliedstaaten, z. B. in Tschechien oder in Österreich, ist die Rate sogar niedriger als in der Schweiz.

Ich würde mir wünschen, dass diese Entwicklungen auch hier in der Schweiz zur Kenntnis genommen werden.

Die Herausforderungen für die EU in den nächsten Jahren gehen allerdings weit über das Krisenmanagement hinaus: Wir müssen uns beim Übergang zur digitalen Ökonomie richtig positionieren. Dabei geht es um komplexe Fragen jenseits rein wirtschaftlicher Aspekte, wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz oder Cybersicherheit.

Die Herausforderung lässt sich so umschreiben: Wir müssen technologische Spitzenpositionen verteidigen oder erlangen und diese in konkurrenzfähige Geschäftsmodelle umsetzen, die unseren Bürgern zugutekommen.

Unter den Top 10 digitalen Unternehmen der Welt finden sich die bekannten Unternehmen aus den USA und Asien, aber mit SAP nur ein europäisches. Das ist ein Alarmzeichen!

Wir sollten verhindern, dass in anderen zukunftsträchtigen Sektoren Ähnliches geschieht. Ich nenne als Beispiel nur Elektromobilität, in dem China sich mit Riesenschritten zu entwickeln scheint. In diesem und anderen Bereichen der Spitzentechnologie müssen wir unsere Kräfte bündeln. Das EU-Forschungsprogramm *Horizon 2020* und sein Nachfolger *Horizon Europe* sind Antworten auf diese Herausforderung. Aber das reicht natürlich nicht.

Sie kennen wahrscheinlich diese eindrucklichen Zahlen:

- Europa stellt weniger als 10 Prozent der Weltbevölkerung.
- Wir erwirtschaften derzeit noch ca. ein Viertel des weltweiten Bruttonationalprodukts mit abnehmender Tendenz.
- Aber in Europa zahlen wir rund die Hälfte der weltweiten Sozialleistungen.

Die Zukunftsfrage lautet: Wie können wir unser Gesellschaftsmodell bewahren bei schrumpfender Bedeutung Europas und aufkommender konkurrierender Modelle z. B. in China?

Aus Sicht der EU liegt der Schlüssel nicht in «Europe first», sondern in einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit. Das heisst globale Regeln für fairen Handel, für nachhaltige Entwicklung und für Datenschutz, um nur einige Themen



Präsident Jürg Läderach kündigt Botschafter Michael Matthiessen an

zu nennen. In all diesen Bereichen hat die EU in den vergangenen Jahren eine Führungsrolle übernommen. Sie ist teilweise zum globalen «rule maker» geworden. Es ist besser, ein «rule maker» zu sein als ein «rule taker».

Der EU Binnenmarkt hat sich hierbei als das wichtigste Pfand entwickelt, das die EU in die internationale Waagschale werfen kann. Stichworte sind Reform des Welthandelssystems, Pariser Klimaabkommen oder Datenschutzgrundverordnung.

Lassen Sie mich den Bereich Handelspolitik herausgreifen, der auch in der Schweiz eine grosse Rolle spielt:

- In den letzten fünf Jahren hat die EU Handelsabkommen mit fünfzehn Staaten abgeschlossen. Darunter sind bahnbrechende Abkommen mit Kanada und Japan und Abkommen mit aufstrebenden asiatischen Ländern wie Singapur und Vietnam. Mit Mexico und Mercosur hoffen wir, bald abschliessen zu können.
- In diesen Abkommen geht es natürlich um gegenseitigen Marktzugang. Aber es geht auch – und immer mehr – darum, in globalen Lieferketten die Beachtung von Nachhaltigkeitsstandards sicherzustellen. Wir bestehen in diesen Abkommen deshalb zum Beispiel auf die Einhaltung von globalen Umweltregeln oder Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation und die Einbindung der Zivilgesellschaft. Nur so können wir den nötigen gesellschaftlichen Konsens für offene Märkte erhalten.
- In der multilateralen Handelspolitik arbeitet die EU zusammen mit anderen Staaten wie Kanada, Japan und auch der Schweiz mit Nachdruck an einer Reform der WTO, die sich derzeit in einer tiefen Krise befindet. Die WTO ist aus Sicht der EU der Garant dafür, dass die internationalen Handelsbeziehungen nicht dem Recht des Stärkeren, sondern der Stärke des Rechts folgen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass ab Ende des Jahres die WTO ihre zentrale Funktion bei der Beilegung internationaler Handelskonflikte verliert. Gerade in diesen unruhigen Zeiten hat die Weltwirtschaft diese Rolle bitter nötig!

Diese sehr aktive Agenda der EU Handelspolitik unterscheidet sich ganz bewusst fundamental vom Ansatz, der seit einiger Zeit jenseits des Atlantiks praktiziert wird:

Die EU steht dezidiert für Multilateralismus und nachhaltige Entwicklung statt unilateralem Merkantilismus.



Dr. Norbert Riedel, Deutscher Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen, EU Botschafter in der Schweiz, Jürg Läderach, Präsident Handelskammer Deutschland-Schweiz, Ralf J. Bopp, Direktor der Handelskammer Deutschland-Schweiz

Manche sagen, die EU sei naiv angesichts auftrumpfender Grossmächte in West und Ost. Aber die DNA der EU ist nun einmal auf multilaterale Zusammenarbeit gepolt. Das gilt auch für unser Verhältnis zu China, obwohl sich hier in der letzten Zeit in der EU Ernüchterung eingestellt hat.

Aber diese DNA können wir nicht verleugnen, wenn wir nicht das Projekt der europäischen Einigung seit dem zweiten Weltkrieg in Frage stellen wollen. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass der multilaterale Ansatz der richtige ist in einer Zeit grosser Umbrüche. Aber dieses Konzept geht nur auf, wenn die europäischen Staaten, EU und nicht-EU, zusammenstehen und wir uns nicht selbst schwächen durch Uneinigkeit.

Meine Damen und Herren

Das führt mich zu den Beziehungen EU-Schweiz. Lassen Sie mich hierzu abschliessen mit einigen Bemerkungen, ohne auf die anstehenden innenpoliti-

schen Entscheidungen der Schweiz vorzugreifen zu wollen.

Ich höre in diesem Land oft, dass die Europäische Union Mängel habe. Zugegeben: die Europäische Union ist nicht perfekt – die Schweiz und Deutschland sind natürlich perfekter.

Und die Europäische Union hat in der Tat Krisen durchgemacht und sie steht vor Herausforderungen.

Aber alle Schweizer unter Ihnen möchte ich fragen:

Hand aufs Herz: Gibt es einen Kontinent auf dieser Erde oder eine historische Epoche, wo Sie sich sicherer und wohler fühlen würden als im heutigen Europa?

Die Schweiz ist heute umgeben von friedlichen und demokratischen EU-Staaten sowie vom EWR-Land Liechtenstein. Dank der Schengen-Kooperation sind die Grenzen zu den Nachbarstaaten offen. Durch die anderen bilateralen Verträge hat die Schweiz direkten Zugang zum EU-Binnenmarkt und zum europäischen Forschungsraum. Das schafft unzählige

Gelegenheiten für geschäftliche Beziehungen, aber auch für menschlichen und kulturellen Austausch.

Ich bin mir sicher: die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer möchte das alles nicht missen und würde den Kontinent und die aktuelle historische Epoche niemals tauschen wollen ...

Das gilt sicherlich auch für Sie, die zwischen Deutschland und der Schweiz geschäftlich unterwegs sind ...

Ich appelliere an Sie, auf das grosse Ganze – auf das Big Picture – zu schauen.

Die EU und die Schweiz teilen Geographie, Geschichte, Sprachen und Werte. Unsere Volkswirtschaften sind aufs Engste miteinander verflochten. Das gilt natürlich vor allem für das Verhältnis zu den Nachbarstaaten, Deutschland insbesondere. Herr Läderach hat hierzu einige eindrückliche Zahlen zitiert.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung hat kürzlich dargelegt, dass die Schweiz das Land ist, das von der Anbindung an den EU-Binnenmarkt am meisten Gewinn zieht. Sieben der zehn europäischen Regionen, die am meisten vom Binnenmarkt profitieren, liegen in der Schweiz! Zürich liegt an erster Stelle!!

Wir müssen aber eins klar sehen: Wir befinden uns an einem Scheideweg. Das aktuelle System der bilateralen Verträge, das der Schweiz den direkten Zugang zu diesem EU-Binnenmarkt gibt, stösst an seine Grenzen.

Dieses System wurde nach dem EWR-Nein der Schweiz im Jahr 1992 entwickelt. Es war als Provisorium gedacht.

Damals stand ja noch ein EU-Beitrittsgesuch der Schweiz im Raum. Ein EU- oder EWR-Beitritt steht heute hingegen nicht mehr zur Diskussion. Das Provisorium kann in der bisherigen Form nicht mehr weiter entwickelt werden.

Warum? Weil die Schere immer grösser wird zwischen der sehr dynamischen Entwicklung des EU Binnenmarktes auf der einen Seite und der statischen Struktur der Abkommen zwischen der EU und der Schweiz auf der anderen Seite. Lassen Sie mich hier nur die wachsende Bedeutung des digitalen Binnenmarktes nennen. Die bilateralen Abkommen hinken dieser Entwicklung derzeit meilenweit hinterher.

Und ich möchte auch nicht verbergen, dass es für uns nicht hinnehmbar ist, wenn wir mit unserem drittgrössten Handelspartner keinen effizienten Mechanismus für die Streitbeilegung haben. Mit Vietnam oder der Ukraine haben wir einen derartigen Mechanismus. Aber nicht mit der Schweiz, obwohl die Eidgenossenschaft viel enger in den EU Binnenmarkt integriert ist.

Um den bilateralen Weg zu sichern, brauchen wir also das Institutionelle Rahmenabkommen! Dieses Abkommen wurde während fast fünf Jahren verhandelt. Ein gemeinsamer Text liegt seit Ende 2018 vor.

Das Rahmenabkommen wird die bestehenden bilateralen Verträge konsolidieren und es ermöglichen, neue Marktzugangsabkommen zu schliessen.

Wir sehen diesen Vertrag als ein Angebot an die Schweiz, den bilateralen Weg

in bewegten Zeiten abzusichern und fit für die Zukunft zu machen. Es ist ein auf die Schweiz zugeschnittenes Abkommen, ein guter Kompromiss.

Es gibt in der Partnerschaft EU-Schweiz nach wie vor ein grosses ungenutztes Potenzial. Denken Sie an die Marktkopplung im Strombereich, denken Sie an den Binnenmarkt für Dienstleistungen, denken Sie an die digitale Ökonomie ...

Und denken Sie daran, dass auch die bereits bestehenden Marktzugangsabkommen und Äquivalenzentscheide regelmässiger Aktualisierungen oder Erneuerungen bedürfen.

Last but not least, sehen Sie den globalen Kontext: Europäische Werte und Interessen – und das sind auch Schweizer Werte und Interessen – stehen unter Druck. Es drohen darüber hinaus Handelskriege zwischen den grossen Wirtschaftsblöcken.

Je stabiler die Beziehungen zwischen Europäern sind, Nicht-EU-Mitgliedstaaten eingeschlossen, desto effektiver können wir die Werte und Interessen Europas nach aussen verteidigen.

Aus all diesen Gründen hoffe ich sehr, dass der Schweizer Bundesrat bald einen positiven Entscheid zum Institutionellen Rahmenabkommen treffen wird.

Das wird die Partnerschaft EU-Schweiz festigen und Europa insgesamt stärker machen!

Besten Dank!



Botschafter Michael Matthiessen und Präsident Jürg Läderach



Botschafter Michael Matthiessen trägt sich in das Gästebuch ein